



PARITÄTISCHE Vorschläge
zur
Zukunft der EU-Strukturpolitik nach 2006

Frankfurt am Main, 15. Juli 2003

Der Paritätische Wohlfahrtsverband –
Gesamtverband
Heinrich-Hoffmann-Straße 3
D-60528 Frankfurt am Main
Tel. + 49 69-6706-0
Fax + 49 69-6706-207
Internet <http://www.paritaet.org/>

EU-Repräsentanz des Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes
83, rue du Prince Royal
B-1050 Brüssel
Tel.: + 32 2 502.14.32
Fax: + 32 2 502.13.91

Selbstverständnis des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband ist Dachverband von über 9300 rechtlich selbstständigen Mitgliedsorganisationen, die soziale Arbeit als Hilfe für andere oder als Selbsthilfe leisten. Der PARITÄTISCHE ist Dienstleister für die ihm angeschlossenen Vereine und Organisationen der sozialen Arbeit und vertritt deren Interessen und die der von ihm betreuten Menschen gegenüber Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung.

Mit diesem Mandat setzt sich der PARITÄTISCHE gemäß seinem im Oktober 1989 verabschiedeten Grundsätzen der Verbandspolitik ein

- für die Rechte der Menschen auf soziale Hilfen, wenn sie sich in Not befinden;
- für eine Politik, die auf die Beseitigung der Ursachen sozialer Not und sozialer Benachteiligung zielt;
- für das Initiativrecht freier Vereinigungen in der Wohlfahrtspflege und den Vorrang des mitbürgerlichen Engagements und der Selbsthilfe vor staatlichen Initiativen.

PARITÄTISCHE Vorschläge zur Zukunft der EU-Strukturpolitik

Mit Blick auf die anstehende EU-Osterweiterung und der notwendigen EU-Strukturpoliticsreform weist der PARITÄTISCHE daraufhin, dass die ökonomische Situation in Ostdeutschland auch nach der Erweiterung auf angemessene Weise Berücksichtigung finden muss. Der PARITÄTISCHE hebt die Bedeutung der EU-Strukturpolitik für die ostdeutschen Bundesländer und insbesondere für die Arbeit der sozialen Organisationen hervor. Es wird aus PARITÄTISCHER Sicht auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Förderperiode 2007 - 2013 eine gerechte Anschlussregelung für die gegenwärtige EU-Strukturpolitik zu finden. Eine Strukturpolitik, die einerseits den neuen Mitgliedstaaten hilft, andererseits aber nicht einseitig zu Lasten der Regionen gehen darf, die heute in der Europäischen Union der 15 zu den wirtschaftlich schwächsten Regionen gehören. Dies gilt auch für einzelne westdeutsche Regionen mit vergleichbaren ökonomischen Entwicklungsrückständen.

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband fordert entsprechend seinem Auftrag und seinem Selbstverständnis sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Union auf, bei ihren Verhandlungen im Rahmen der Reformvorhaben zur Zukunft der Strukturpolitik nach 2006 darauf zu achten,

- (1) dass Regionen mit einem BIP pro Einwohner bis zu 75% des EU-Durchschnitts (EU 25), wie auch die vom so genannten statistischen Effekt betroffenen Regionen, welche nach der Erweiterung aus der Ziel-1 Förderung herausfallen, ihren Ziel-1 Status weiterhin beibehalten. Auch aus Gründen der Chancengleichheit im Wettbewerb erscheint es dringend geboten, die Maßnahmen der künftigen EU-Strukturpolitik so zu gestalten, dass heute geförderte Regionen infolge der EU-Osterweiterung keine Nachteile erleiden;
- (2) dass Regionen die vom statistischen Effekt betroffen sind, für die Laufzeit der nächsten Förderperiode mit den Ziel-1-Regionen gleichgestellt werden und nicht eine Intervention in Form eines schrittweisen Abbaus (Phasing out) der Beihilfen erfahren;
- (3) dass die Ziel-2 Förderung zur Überwindung gebietspezifischer regionalökonomischer Entwicklungsrückstände und Ziel-3 Förderung zur Unterstützung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken fortgesetzt wird.
- (4) dass die Förderperiode 2007 - 2013 nach Ablauf von 3 Jahren eine Bewertung bezüglich der eingeleiteten Maßnahmen erfährt, so dass Fehlsteuerungen behoben werden können bzw. erfolgreiche Maßnahmen verstärkt zur Umsetzung gelangen.

Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband
- Der Vorstand -
Frankfurt am Main, 15. Juli 2003